

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(4. - öffentliche - Sitzung am 14. Februar 2018)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Ermittlungsstand bei den Ermittlungen gegen die drei ehemaligen RAF-Terroristen, die wegen verschiedener Überfälle in Niedersachsen gesucht werden.**

Der Ausschuss nahm den Antrag einstimmig an.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/231](#) neu
- b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 2018**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/262](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Tilgung von Landeskrediten 2017**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7](#)
- d) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/40](#)

Vertreter des Justizministeriums brachten den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2018 ein. Eine allgemeine Aussprache des - mitberatenden - Ausschusses und die Einzelberatung schlossen sich an.

Der Ausschuss kam überein, die Mitberatung zu allen vier Gesetzentwürfen in der nächsten Sitzung durchzuführen, wenn die Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen vorliegt.

3. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen. Er kam überein, zu den Anträgen eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und beauftragte die Sprecher der Fraktionen, am Rande des nächsten Plenarsitzungsabschnittes den Kreis der Anzuhörenden festzulegen.

4. **Sichere Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/34](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen. Er begann mit der Antragsberatung und bat die Landesregierung, ihn über das Ergebnis der laufenden Abfrage bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu unterrichten, sobald dieses vorliegt.

5. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Der - federführende - Ausschuss bat das Justizministerium um einen Sachstandsbericht, insbesondere zu Nr. 2 des Antrages.